

Zeitschrift: St. Galler Schreibmappe
Band: 32 (1929)

Artikel: Die Schweiz im Jahre 1928
Autor: Flükiger, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-948066>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz im Jahre 1928.

An die Spitze der Chronik des Jahres 1928 gehört ein welt-historisches Ereignis, das zwar weder in unserem Lande, noch unter direkter Mitwirkung unserer Behörden sich abgespielt hat: die am 27. August in Paris erfolgte Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes, um dessen Zustandekommen sich vor allem der amerikanische Staatsmann Kellogg große Verdienste erworben hat. Wie andere Staaten, ist auch die Schweiz eingeladen worden, diesem Abkommen beizutreten, und es ist wohl selbstverständlich, daß unsere kleine Demokratie, deren friedliche Tendenzen die ganze Welt kennt, den feierlichen Verzicht auf den Krieg als Mittel der Politik mit Freuden unterstützt. Wenn auch dieser Vertrag noch keine absolute Gewähr gegen den Wahnsinn einer gewalttätigen Lösung internationaler Konflikte bietet und namentlich ohne positives Resultat der Abrüstungsbestrebungen des Völkerbundes in seiner praktischen Wirkung stark beeinträchtigt wäre, so ist doch nicht zu bestreiten, daß er die große Menschheitsfrage des Friedens in hohem Maße moralisch gefördert hat. Auf einem Irrwege befinden sich freilich jene Schwarmgeister, die der Utopie einer sofortigen totalen Abrüstung huldigen und aus diesem Grunde auch die Abschaffung unseres nur der Verteidigung dienenden Milizheeres fordern. Dieser unhaltbaren Theorie gegenüber steht die Ansicht namhafter ausländischer Pazifisten, daß gerade eine allgemeine Regelung des Militärwesens nach schweizerischem Vorbild einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Abrüstung bedeuten würde. Aufrichtige Friedensfreundschaft und Anerkennung der Wehrhaftigkeit im rein defensiven Sinne sind keine unvereinbaren Gegensätze. Es hat in unserem Volke starkes Befremden erregt, daß einzelne unter sozialistischem Einflusse stehende Angehörige des Lehrerstandes, vor allem in Genf, ihrer Friedens-

propaganda einen ausgesprochen antimilitaristischen Charakter verliehen haben; sie sind indessen erfreulicherweise durch die erdrückende Mehrheit der schweizerischen Lehrerschaft, die nationales Gefühl und internationalen Verständigungswillen zur harmonischen Einheit zu verschmelzen vermag, deutlich desavouiert worden.

Ein wichtiges Datum für unsere auswärtige Politik war der 14. März, als der französische Senat endlich das Zonen-Schiedsabkommen annahm. Es bedurfte wiederholter ernster Vorstellungen von Seite der Schweiz, bis dieses Ziel erreicht war; letzten Endes dürfte die unangenehme Eventualität einer Beschwerde an den Völkerbund, von der der Bundesrat im Notfalle Gebrauch gemacht hätte, die französische Regierung zum Handeln bewogen haben. Im Bundeshaufe löste die Erledigung dieser Angelegenheit durch das französische Parlament ein Gefühl der Erleichterung aus, das weder durch die Oppositionsrede des favoyardischen Senators David, noch durch den nach Inhalt und Form etwas sonderbaren Rapport des Kommissionsreferenten Bérard beeinträchtigt werden konnte. Entscheidend war die Tatsache, daß nunmehr ein Konflikt, der jahrelang die schweizerisch-französischen Beziehungen getrübt hatte, auf dem Rechtswege zum Abschluß gebracht werden soll. Die Schweiz darf mit guter Zuversicht dem Ausgange dieses Prozesses vor dem Internationalen Gerichtshof entgegensehen. Gleichzeitig mit der Ratifikation des Zonen-Abkommens konnte der Bundesrat auch seine Erklärung über die Aufhebung der militärischen Neutralität von Nordfavoyn abgeben.

Auch die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Frankreich führten erfreulicherweise zu einem positiven Resultat, das zwar nicht in allen Teilen voll befriedigte, aber doch einem Konflikt bei weitem vorzuziehen war. Einige Zeit hatte es fast den Anschein, daß speziell die Stickerei-

Seidenhaus
Steiger-Birenstihl
das führende Haus der Branche
in St. Gallen, Speisergasse 3

Industrie schweizerischerseits die Zechen zu bezahlen hätte; aber im Laufe der Verhandlungen gelang es der Umficht und Energie unserer Unterhändler und Experten, deren Arbeit dankbare Anerkennung verdient, im Zusatzabkommen relativ günstige Ergebnisse zu erzielen, so daß diese in St. Gallen als willkommene Erleichterung des schweren Existenzkampfes unserer Industrie lebhaft begrüßt wurden.

Zu einem ernsthaften diplomatischen Zwischenfall mit Italien führte die Affäre Roffi, da die vorbereitenden Handlungen für die Verhaftung dieses Flüchtlings unzweifelhaft auf schweizerischem Territorium vorgenommen worden waren und da außerdem eine eigentliche Organisation des faszistischen Spitzendienstes in der Schweiz konstatiert werden konnte. Gegen diese Verletzung völkerrechtlicher Grundsätze mußte die Schweiz Verwahrung einlegen. Die italienische Regierung beantwortete indessen die Noten des Bundesrates mit Ausflüchten und mit dem Versuche, die peinliche Angelegenheit zur Bagatellfache zu stempeln, so daß die diplomatische Auseinandersetzung schließlich schweizerischerseits abgebrochen wurde. Das Schweizervolk nahm diesen problematischen Ausgang mit sehr gemischten Gefühlen auf, und man kann nur hoffen, daß das faszistische Italien wenigstens in der Zukunft vor ähnlichen Mißgriffen gegenüber einem Nachbarlande sich hüten wird. Andernfalls wäre der Bundesrat wohl genötigt, einmal den mit Italien abgeschlossenen Schiedsvertrag anzurufen, wie dies viele Kreise schon im Fall Roffi gewünscht hätten.

Andererseits gebietet die Gerechtigkeit die Feststellung, daß die Angriffe der Sozialdemokraten auf den Vorsteher des Politischen Departements weit über das Ziel hinausschoßen und vorwiegend durch parteipolitische Spekulation veranlaßt waren.

Einen politisch harmlosen Charakter befaß der Besuch, den der König von Afghanistan am 18. Februar dem

Bundesrat abstattete. Auch der Freundschaftsvertrag, der bei diesem Anlasse mit dem fernen Lande abgeschlossen wurde, dürfte keine große praktische Wirkung haben und sich im besten Fall auf einige wirtschaftliche Anknüpfungspunkte beschränken.

Auf dem Gebiete unserer innern Politik darf das Zustandekommen des sog. Getreidefriedens als größtes Aktivum gebucht werden. Schon in den ersten Tagen des Jahres faßte der Bundesrat den Beschluß, grundsätzlich für eine monopolfreie Lösung einzutreten, die Initiative aber durch einen etwas anders formulierten Gegenvorschlag zu ersetzen. Bundesrat Schulthess wurde auf seinen Wunsch von der weiteren Behandlung der Getreidefrage entlastet; seine Kollegen Mufy und Scheurer übernahmen diese Aufgabe. Die vorgeschlagene Verlängerung des Provisoriums um ein weiteres Jahr weckte zuerst Bedenken der Monopolgegner, die sich indessen mit der in der bundesrätlichen Botenschaft enthaltenen wichtigen Erklärung beruhigten, daß der gegenwärtige Zustand und insbesondere das Einfuhrmonopol auf 1. Juli 1929 sein Ende erreichen soll und zwar auch dann, wenn der in Aussicht genommene Verfassungsartikel in der Volksabstimmung verworfen werden sollte. Nach diesen Vorgängen war die Bahn für die Verständigung frei, umfomehr, als die vom Bundesrat beantragte Erhöhung der statistischen Gebühren in bürgerlichen Kreisen fast allgemein als eine glückliche Lösung der Finanzierungsfrage betrachtet wurde. Die Sozialdemokraten, die aus doktrinären Gründen am Monopol festhalten, machen freilich der Vorlage des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit auch weiterhin Opposition; sie haben beschlossen, gegen die eine Revision des Zolltarif-Gesetzes bedingende Erhöhung der statistischen Gebühren das Referendum zu ergreifen und auf diese indirekte Weise die monopolfreie Getreidevorlage zu sabotieren. Es kommt also voraussichtlich im nächsten Früh-

Die Zeit drängt, immer schneller fliegen die Finger über die Tasten, aber UNDERWOOD kommt mit. Man spürt den langjährigen Sieger im Schnellschreib-Wettbewerb. Kein Verschreiben, denn offen und klar zeigt sich die Schrift dem Auge. Leicht und elastisch der Anschlag; kraftvoll genug für mehrere Durchschläge. — Klein und handlich, aber durchkonstruiert zu höchster Leistungsfähigkeit, ist diese flinke Maschine ein unentbehrlicher Helfer zu Hause und auf der Reise.

MARKWALDER
u. Co.
ST. GALLEN



S e i t 3 0 J a h r e n U n d e r w o o d - V e r t r e t e r

jahr zu einem neuen Kampf in der Getreidefrage, bei dem aber dies Mal die bürgerlichen Parteien hoffentlich geschlossen der äußersten Linken gegenüberstehen werden.

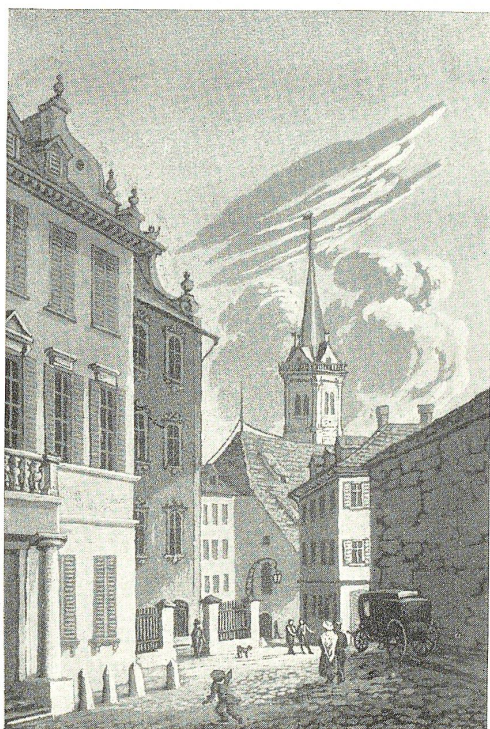
Der Vollzug des am Neujahr in Kraft getretenen eidg. Beamtengesetzes ließ leider sehr zu wünschen übrig. Die provisorische Ämtereinreihung brachte verschiedenen Kategorien des Personals eine große Enttäufung, die in zahlreichen Protestkundgebungen zum Ausdruck gebracht wurde. Die schweizerische freisinnig-demokratische Partei, die mit großer Energie für dieses Gesetz eingetreten war, hatte allen Grund, die Ausführungsbestimmungen sorgfältig zu überwachen; der Arbeitnehmerschuß der Partei erstattete hierüber einen eingehenden Bericht, und es darf erwartet werden, daß seine Bemühungen einige erhebliche Korrekturen im Gesetzesvollzuge bewirken werden. Inzwischen erfolgten auch die Wahlen in die paritätische Kommission, die mit einem Siege der Vorschläge des Föderativverbandes endigten.

Als kulturell wichtigste Tat des Parlamentes darf wohl der Beginn der Beratung des eidgenössischen Strafgesetzes bezeichnet werden. Der Nationalrat beschloß am 7. März nach Referaten der Berichtstatter Seiler und Logoz mit 129 gegen 9 Stimmen Eintreten auf das große Werk, das berufen ist, die heutige Buntfleckigkeit des Strafrechtes durch einheitliche Normen zu ersetzen. Auch ein großer Teil der föderalistisch orientierten Abgeordneten stimmte, allerdings nicht vorbehaltlos, für Eintreten. Eine scharfe Scheidung der Geister brachte in der Detailberatung der Entscheidung über die Todesstrafe, die mit 144 gegen 38 Stimmen abgelehnt wurde.

Die beiden eidg. Volksabstimmungen des Jahres betrafen den Verfassungsartikel gegen die Überfremdung, der am 20. Mai bei schwacher Stimmbeteiligung mit erfreulich starker Volksmehrheit und 19 1/2 Ständestimmen an-

genommen wurde, und die am 2. Dezember dem Volk und den Ständen unterbreitete Kurfaal-Initiative, deren Schicksal im Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht bekannt ist. Stärker als diese Sachfragen erregte die Kampagne für die Nationalratswahlen die Gemüter. Alle Parteien rüsteten fieberhaft auf das Kräftemessen vom letzten Oktobersonntag, dessen Ausgang den Kurs der eidgenössischen Politik für die nächsten drei Jahre bestimmen sollte. Die schweizerische freisinnig-demokratische Partei hielt am 8. und 9. September in Biel einen imposanten Parteitag ab, an welchem sie das Bekenntnis zu ihren kulturpolitischen und sozialen Ideen erneuerte, nachdem schon im Laufe des Sommers ein liberaler Akademikertag erstmals die freigesinnte Studentenschaft des Landes in Bern vereinigt hatte. Es gelang dem Freisinn auch, seine bisherige Stellung als relativ stärkste Fraktion im Parlament zu halten, allerdings nicht ganz ohne Mandatverlust; in unserem Kanton St. Gallen wurden die bisherigen fünf freisinnigen Nationalräte ehrenvoll bestätigt. Die äußerste Linke, die mit großen Hoffnungen in den Kampf gezogen war, vermochte trotz erheblichem Stimmenzuwachs keine wesentlichen Eroberungen zu machen, während die katholisch-konservative Partei im ganzen vier neue Sitze gewann.

In der Dezembersession hatte die Vereinigte Bundesversammlung ein neues Mitglied der obersten Landesregierung an Stelle des nach achtjähriger gewissenhafter Tätigkeit zurücktretenden Bundesrats Chuard zu wählen. Die Frage seiner Nachfolge bereitete erhebliche Schwierigkeiten. Im Berichtsjahre starb im hohen Alter von 83 Jahren Gustav Ador, in Genf, der 1917, in einem kritischen Momente der Kriegszeit, das Amt eines Bundesrats übernommen und es bis 1920 bekleidet hatte. Als Präsident des Internationalen Roten Kreuzes erwarb er sich Verdienste, die ihn zu einer weltberühmten Persönlichkeit machten. E. Flückiger.



Alte Möbel, Stiche und Antiquitäten jeder Art

*mit denen Sie Ihr Heim so
recht schön und behaglich
ausstatten können, finden
Sie in grosser Auswahl
und zu mässigen Preisen*

bei

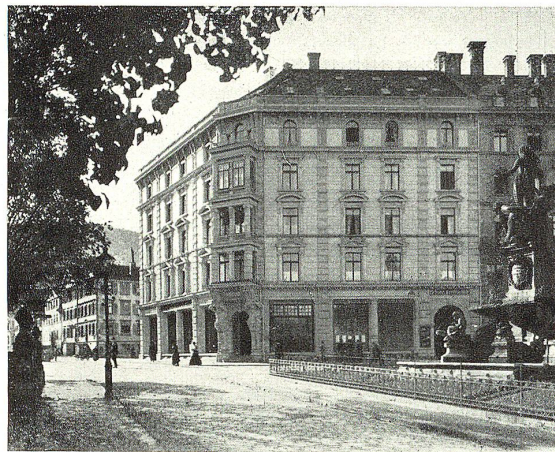
Albert Steiger's Erben

Rosenbergstrasse 6 ☎ Telephon 919

St. Gallen

Die
Schweizerische Kreditanstalt
St. Gallen

empfiehlt sich für die
Beforgung von allen Bankgeschäften



Eröffnung von Rechnungen
auf Sicht und mit fester Verfallzeit

Depositenhefte und Kassa-Obligationen

VERMITTLUNG VON KAPITALANLAGEN

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren

Einlösung von Coupons

GELDWECHSEL – KREDITBRIEFE



FLIEDERSTRAUSS

Originalreproduktion nach einem Ölgemälde von Willy Müller, St. Gallen

Vierfarbendruck der Buchdruckerei Zollikofer & Cie., St. Gallen